

Stellungnahme

Umweltpolitische Digitalagenda des Bundesumweltministeriums

April 2020

Seite 1

Am 3. März 2020 präsentierte Bundesumweltministerin Svenja Schulze die Umweltpolitische Digitalagenda. Das Programm enthält 72 Maßnahmen, die darauf abzielen, Umweltaspekte der Digitalisierung regulatorisch in den Blick zu nehmen und gleichzeitig innovative digitale Technologien zum Schutz der Umwelt einzusetzen.

Generelle Bewertung

- Bitkom begrüßt die Initiative der Bundesregierung, Umwelt- und Digitalpolitik miteinander zu verbinden und wirkt an der Erarbeitung, Gestaltung und Umsetzung der geplanten Maßnahmen konstruktiv mit. Digitale Technologien sind ein wichtiges Werkzeug zur Erreichung nationaler und globaler Nachhaltigkeitsziele.
- Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen können ihre Wirkung besser auf EU-Ebene entfalten. Es sollte bei jeder Maßnahme geprüft werden, ob daher eine EU-Regelung sinnvoller ist als eine nationale Lösung; insbesondere, da sich viele der BMU-Überlegungen in Plänen der Europäischen Kommission zum „Green Deal“ spiegeln.
- Das Papier nimmt auch die Chancen in den Blick, die digitale Technologien für mehr Klima- und Umweltschutz bieten. Das begrüßen wir sehr. Allerdings spiegelt sich dieser Aspekt noch zu wenig in den konkreten Maßnahmen wieder, die insgesamt eher auf eine regulierende Einhegung digitaler Entwicklungen zu setzen scheinen.

Zu den Maßnahmen im Einzelnen

1. Nachhaltigkeit durch Digitalisierung fördern

Wir sehen erhebliche Chancen im konsequenten Einsatz digitaler Technologien und dem Zusammenwirken digitaler Lösungen in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Bundesregierung sollte im Gleichklang mit der EU-Politik einen IKT-freundlichen politisch-regulatorischen Rahmen schaffen und aktiv fördern.

Wir unterstützen ausdrücklich den Plan verschiedene Plattformen zur Förderung von digitalen Technologien einzurichten, die zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Weiterhin sollten innovative Programme von Digitalunternehmen für mehr Nachhaltig-

Bitkom
Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation
und Neue Medien e.V.

Melissa Kühn
Referentin Nachhaltigkeit
T +49 30 27576-405
m.kuehn@bitkom.org

Albrechtstraße 10
10117 Berlin

Präsident
Achim Berg

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Stellungnahme Umweltpolitische Digitalagenda

Seite 2|4

tigkeit unterstützt und Anreize für solche Initiativen geschaffen werden. Anlehnend an die „KI-Leuchttürme“ schlagen wir vor, auch beispielgebende Nachhaltigkeitsprojekte und -initiativen aus dem unternehmerischen Umfeld gezielt hervorzuheben und zu fördern. Die Politik sollte auf bestehenden „Good Practices“ und Industrie-Erfahrungen aufbauen.

Ein weiterer positiver Anreiz könnte die Einbeziehung von umweltfreundlicheren Technologien und anderer IKT-Lösungen in die kommende EU Taxonomy sein. Die aktive Einbeziehung nachhaltiger Technologien z.B. in die Definition von Green Bonds wäre ein Anreiz für weitere Investitionen.

2. Nachhaltige öffentliche Beschaffung konkretisieren

Wir begrüßen die Förderung einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung sowie das Vorhaben des Bundesumweltministeriums selbst als Vorbild zu agieren. Wir regen an, dass entsprechende Ausschreibungskriterien nicht nur die Herstellung, sondern den gesamten Lebenszyklus in den Blick nehmen.

Trotz zahlreicher Leitfäden und Wegweiser auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sind Beschaffungsverantwortliche oft unsicher, wie sie Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien in öffentlichen Ausschreibungen rechtssicher anwenden. Hierbei kann die Verwendung von international anerkannten Zertifizierungen (z.B. ISO) sowie Umweltzeichen unterstützen.

3. Bereitstellung von Umweltdaten beschleunigen

Um die reichhaltigen Umweltdatenbestände staatlicher Einrichtungen effektiv nutzen zu können, müssen Interoperabilität und Standardisierung gewährleistet und behördliche und strukturelle Barrieren abgebaut werden. Wir begrüßen eine schnellstmögliche Umsetzung, da insbesondere die Bereitstellung von Umweltdaten die Grundlage für Innovationskraft und nachhaltige Digitalisierung liefert.

Die grundsätzliche Förderung von Initiativen zur Transparenz von Umweltdaten aus anderen Regionen wäre wünschenswert. Die Umweltdaten können z.B. über eine europäische „Umweltdatencloud“ bereitgestellt werden.

4. Digitalen Produktpass gemeinsam entwickeln

Gerade im Elektronikbereich sind bereits viele Maßnahmen für mehr Transparenz hinsichtlich nachhaltigkeitsrelevanter Eigenschaften von Produkten implementiert worden. So stellen z.B. schon heute viele Hersteller Ihren Kunden über die gesetzlichen Anforderungen hinaus Daten zur Ökobilanz, zu den verwendeten Materialien, zum energiesparenden Einsatz des Geräts, zur Schonung und Langlebigkeit der Komponenten und zu Recyclingmöglichkeiten eines Produktes bereit. Ein digitaler Produktpass kann dabei unterstützen, diese Informationen noch besser zu bündeln. Allerdings sind viele Details diskussi-

Stellungnahme Umweltpolitische Digitalagenda

Seite 3|4

onswürdig. Ob und wie gut ein digitaler Produktpass für Unternehmen umsetzbar ist, hängt stark von den geforderten Informationen ab. Die Wertschöpfungsketten von IKT-Produkten sind nicht starr, sondern hoch komplex und ständigen Veränderungen unterworfen. Zudem sind Produkte oft mit Dienstleistungen verbunden. Die Entwicklung eines praktikablen digitalen Produktpasses kann deshalb nur in enger Abstimmung mit der Industrie gelingen. Weiterhin verfügt gerade die ITK Industrie über das nötige Know-how einen Produktpass innovativ und ansprechend für Konsumenten zu gestalten.

In der weiteren Gestaltung sollten bestehende Standards und Transparenzsysteme wie das Carbon Disclosure Project und das Greenhouse Gas Protocol berücksichtigt werden. Branchenübergreifenden Initiativen zur Kennzeichnung sollten Vorrang gegenüber Regulierung und aufwendigen Zertifizierungen haben. Weiterhin regen wir an freiwillige Initiativen zu fördern.

5. Recht auf Reparatur überprüfen

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Vermeidung von Müll und Elektroschrott ein wichtiges Handlungsfeld ist. Um eine lange Produktlebensdauer zu gewährleisten, ist es neben der Reparatur auch wichtig, dass Produkte und deren Bauteile während der Konzeption Zuverlässigkeits- und Qualitätskriterien unterliegen. So können Reparaturen von vornherein vermieden werden. Auf diesen Aspekt sollte die Bundesregierung sowohl auf nationaler, als auch auf europäischer Ebene stärker hinweisen, die Entwicklung von Standards und Vorgaben zur Zuverlässigkeit („reliability“) unterstützen und diesen Aspekt als gleichwertiges Instrument zur Müllvermeidung fördern.

Neben der gesetzlichen Gewährleistung bieten die meisten Hersteller von Elektronikprodukten wie Smartphones, Tablets oder Laptops bereits eine große Bandbreite an Reparaturmöglichkeiten an, die auch rege genutzt werden. Über herstellereigene Reparaturprogramme hinaus, gibt es eine große Bandbreite unabhängiger Reparaturbetriebe, denen viele Hersteller bereits original Ersatzteile anbieten.

Eine Verpflichtung, eine Vielfalt von Ersatzteilen für lange Jahre auf Vorrat zu produzieren und einzulagern, dürfte mehr Müll erzeugen als vermeiden und durch die damit verbundene Lagerhaltung auch die Verbraucherkosten erhöhen. Wir regen daher an, die bereits in großer Menge vorhandenen Reparaturangebote attraktiver zu machen, z.B. über eine Steuervergünstigung für Reparaturen. Außerdem ist die Förderung und Erforschung neuer Technologien wichtig, wie die Herstellung von Ersatzteilen aus dem 3D-Drucker.

Ein „Recht auf Reparatur“ sollte im Sinne der Nachhaltigkeit genau überlegt und in Abstimmung mit allen Beteiligten überprüft werden.

Stellungnahme Umweltpolitische Digitalagenda

Seite 4|4

6. Bestehende Energieeffizienzstandards für Rechenzentren berücksichtigen

Für Energiekennzahlen und Vergleichbarkeit von Rechenzentrumsbetrieben gibt es bereits etablierte internationale Standards, die als Grundlage verwendet werden können. Für international agierende Unternehmen ist die weltweite Gültigkeit und Transparenz eines solchen Bewertungssystems sehr wichtig.

Darüber hinaus ist bei Energieeffizienzkennzahlen zu berücksichtigen, wie sich Standortvorteile und -nachteile im europäischen Umfeld gegenüber dem globalen Wettbewerb auswirken. Auch Fragen der konkreten Gestaltung des Betriebs spielen eine Rolle. Die Zertifizierungsaufwände des erwähnten Blauen Engels sind in der heutigen Form erheblich und für schnelle Veränderungsprozesse nicht unbedingt geeignet.

Bitkom vertritt mehr als 2.700 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon gut 1.900 Direktmitglieder. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.